

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 28. bis 31. Mai 2018

[24-05-2018 - 18:41]

Plenartagung

Plenardebatte mit dem luxemburgischen Premier Xavier Bettel zur Zukunft Europas	3
Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel ist der sechste in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der am Mittwochvormittag mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattiert.	
Schärfere Handelsschutzinstrumente zum Schutz von Arbeitsplätzen und Industrie	4
Mit einem Gesetzentwurf, der am Dienstag diskutiert und am Mittwoch verabschiedet werden soll, will die EU Umwelt- und Sozialdumping wirksamer bekämpfen.	
Vertrauen in Schengen-Raum wiederherstellen	5
Das Parlament wird am Dienstag darüber debattieren, wie das Vertrauen in den Schengen-Raum gestärkt werden kann. Eine Resolution dazu wird am Mittwoch verabschiedet.	
EU-Haushalt nach 2020: Abgeordnete reagieren auf Pläne der EU-Kommission	6
Debatte und Abstimmung über den Standpunkt des Parlaments zum Vorschlag der EU-Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt (2021-2027).	
Künftige EU-Agrarpolitik: Gegen Haushaltskürzungen und Renationalisierung . .	7
Pläne für eine intelligentere, einfachere, nachhaltigere, aber auch gut finanzierte und wirklich gemeinsame EU-Agrarpolitik nach 2020 stehen am Montag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung.	
Entsenderichtlinie: Endgültige Abstimmung über gleiche Bezahlung und Arbeitsbedingungen	8
Arbeitnehmer, die zeitweise in ein anderes EU-Land entsandt werden, erhalten von nun an gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Der Gesetzentwurf soll am Dienstag angenommen werden.	
Guineas Präsident Alpha Condé spricht vor dem Europäischen Parlament	9
Alpha Condé, Präsident der Republik Guinea, wird am Dienstag um 12.00 Uhr in einer feierlichen Sitzung im Straßburger Plenarsaal zu den Abgeordneten sprechen.	
Kolumbien: Präsident Juan Manuel Santos spricht zum Ende seiner Amtszeit im EP	10
Der scheidende kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos wird am Mittwochmittag in einer feierlichen Sitzung eine Rede vor den Abgeordneten halten.	
Verkauf von EU-Pässen: Abgeordnete wollen mehr Transparenz und Kontrollen	11
Die Praxis der Gewährung der Staatsbürgerschaft oder des Aufenthaltsrechts durch einige EU-Länder als Gegenleistung für Investitionen („goldenes Visum“) steht am Mittwoch zur Debatte.	
Gebrauchtwagen: Abgeordnete fordern EU-Maßnahmen gegen Kilometerzähler-Betrug	12
Zur Verhinderung von illegalen Manipulationen am Kilometerstand von Gebrauchtwagen sind EU-weite Maßnahmen notwendig, so die Abgeordneten in ihren Empfehlungen, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen.	
Nachhaltige Nordseefischerei: Abstimmung über einen neuen Mehrjahresplan .	13



Plenartagung

Das Parlament wird am Dienstag über einen mehrjährigen Fischereiplan zur Bekämpfung von Überfischung und für mehr Schutz für Fischereigemeinden abstimmen.

[Weitere Tagesordnungspunkte](#) 14

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS Plenary podcasts on key issues](#)

Plenartagung

Plenardebatte mit dem luxemburgischen Premier Xavier Bettel zur Zukunft Europas

Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel ist der sechste in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der am Mittwochvormittag mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattiert.

Bettel ist seit 1989 Mitglied der liberalen Demokratischen Partei und wurde 1999 erstmals ins Parlament Luxemburgs gewählt. Seit 2013 ist er Premierminister des Landes.

Luxemburgs Premier ist der sechste in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert. Vor ihm taten dies bereits:

- Irlands Premierminister Leo Varadkar am 17. Januar 2018
- Kroatiens Premierminister Andrej Plenkovic am 6. Februar 2018,
- Portugals Premierminister António Costa am 14. März 2018,
- Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 17. April 2018, und
- Belgiens Premierminister Charles Michel am 3. Mai 2018.

EP Präsident Antonio Tajani und Xavier Bettel werden am Mittwoch um 11:15 Uhr ein gemeinsames Pressestatement abgeben.

In der nächsten Plenarsitzung im Juni wird Mark Rutte, Premierminister der Niederlande, in Straßburg mit den Abgeordneten Europas Zukunft diskutieren.

Debatte: Mittwoch, den 30. Mai

Verfahren: Debatte zur Zukunft Europas, ohne EntschlieÙung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 30. Mai, um 11:15 Uhr

#FutureofEU @Xavier_Bettel

Weitere Informationen

- [Webseite des luxemburgischen Premierministers Xavier Bettel](#)
- [Plenardebatten zur Zukunft Europas](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Schärfere Handelsschutzinstrumente zum Schutz von Arbeitsplätzen und Industrie

Mit einem Gesetzentwurf, der am Dienstag diskutiert und am Mittwoch verabschiedet werden soll, will die EU Umwelt- und Sozialdumping wirksamer bekämpfen.

Die EU könnte höhere Zölle auf gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus Drittländern verhängen. So sieht es der Entwurf vor, der [im Dezember 2017 von den Abgeordneten und EU-Ministern informell vereinbart](#) wurde und noch der Zustimmung des Plenums bedarf.

In den Verhandlungen setzten die Abgeordneten auch durch, dass **Kosten, die für EU-Unternehmen durch die Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltabkommen entstehen, bei der Berechnung der Zölle berücksichtigt werden.**

Ermittlungen bei Antidumping-Fällen wären wesentlich kürzer, Gewerkschaften würden miteinbezogen werden und es würde ein „Helpdesk“ für KMUs eingerichtet.

Die EU aktualisiert ihre Handelsschutzverordnung von 1995, um sich den ändernden Bedürfnissen der Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher in der EU anzupassen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen ergänzen die kürzlich genehmigten [Antidumpingvorschriften gegenüber Drittländern](#), die sich stark in die Wirtschaft einmischen.

Nächste Schritte

Das neue Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft, die für Anfang Juni 2018 erwartet wird.

Debatte: Dienstag, den 29. Mai

Abstimmung: Mittwoch, den 30. Mai

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

#antiudumping #EUtrade

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(05.12. 2017\)](#)
- [Legislative train schedule](#)
- [Berichterstatter Christopher Fjellner \(EVP, SE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Vertrauen in Schengen-Raum wiederherstellen

Das Parlament wird am Dienstag darüber debattieren, wie das Vertrauen in den Schengen-Raum gestärkt werden kann. Eine Resolution dazu wird am Mittwoch verabschiedet.

Der erste Jahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums (die Vereinbarung von 26 Mitgliedsländern, Pass- und Grenzkontrollen an ihren Grenzen abzuschaffen) befasst sich mit den Schwachstellen bei der Umsetzung der in Schengen getroffenen Vereinbarungen (sog. Schengen-Besitzstand), den Fortschritten bei der Behebung dieser Defizite und den zu unternehmenden künftigen Schritten.

Die Abgeordneten verurteilen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums sowie den Bau von Grenzbefestigungen, etwa von Zäunen, zwischen den Mitgliedstaaten.

Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten der Nicht-Anwendung Schengens für alle Länder für zwei Jahre auf zwischen 25 und 50 Milliarden Euro. Würden alle Länder wieder Grenzkontrollen einführen, beliefen sich die Kosten für zehn Jahre auf 100 bis 230 Milliarden Euro.

Das Transnational Institute (TNI) schätzt, dass die Mitgliedstaaten bereits Mauern und Grenzbefestigungen mit einer Gesamtlänge von mehr als 1 200 km im Gegenwert von mindestens 500 Mio. EUR errichtet haben.

Debatte: Dienstag, den 29. Mai

Abstimmung: Mittwoch, den 30. Mai

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 30. Mai um 15:00 Uhr mit dem Berichterstatter Carlos Coelho (EVP. PT)

#Schengen

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über den Jahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums](#)
- [Berichterstatter: Carlos COELHO \(EPP. PT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „The Cost of Non-Schengen“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

EU-Haushalt nach 2020: Abgeordnete reagieren auf Pläne der EU-Kommission

Debatte und Abstimmung über den Standpunkt des Parlaments zum Vorschlag der EU-Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt (2021-2027).

Am 2. Mai, unmittelbar nachdem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Haushaltskommissar Günther Oettinger den [Vorschlag der Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt](#) (Mehrjähriger Finanzrahmen - MFR) im Plenum vorgestellt hatten ([siehe Video](#)), äußerten die Abgeordneten ihre ersten Reaktionen. Viele sagten, dass die Richtung stimme, die Pläne aber keinen Ehrgeiz hätten.

Am 30. Mai werden sie über eine Entschließung abstimmen, in der der Vorschlag in allen Einzelheiten bewertet wird. Grundlage dafür sind die am 14. März verabschiedeten Ausgangspositionen zur [Ausgaben-](#) wie zur [Einnahmenseite](#) des EU-Haushalts für die Zeit nach 2020 ([Pressemitteilung](#)).

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß bedauern, dass die Kommission sowohl die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) als auch für die Kohäsionspolitik senken will. Sie dürften auch den [Mangel an Klarheit und Vergleichbarkeit der Zahlen](#) unterstreichen.

Jetzt ist der Rat an der Reihe, einen gemeinsamen Standpunkt zum MFR 2021-2027 zu finden. Ein neuer MFR erfordert die Zustimmung des Parlaments. Die Abgeordneten haben dazu aufgerufen, unverzüglich Gespräche mit dem Rat und der Kommission aufzunehmen, um noch vor der Europawahl 2019 eine Einigung zu erzielen.

Debatte: Dienstag, den 29. Mai

Abstimmung: Mittwoch, den 30. Mai

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#EUBudget #MFF #OwnResources

Weitere Informationen

- [Position des Parlaments: Pressemitteilung zur Vorstellung des MFR im Plenum \(02.05.2018\)](#)
- [Position des Parlaments: Pressemitteilung zur Abstimmung im Plenum \(14.03.2018\)](#)
- [Position des Parlaments: Entschließung vom 14 März 2018 über den nächsten MFF](#)
- [Position des Parlaments: Entschließung vom 14 März 2018 über die Eigenmittelreform](#)
- [Berichterstatter Jan Olbrycht \(EVP, PL\) - MFF](#)
- [Berichterstatter Isabelle Thomas \(S&D, FR\) - MFF](#)
- [Berichterstatter Gérard Deprez \(ALDE, BE\) – Own Resources](#)
- [Berichterstatter Janusz Lewandowski \(EVP, PL\) – Own Resources](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Künftige EU-Agrarpolitik: Gegen Haushaltskürzungen und Renationalisierung

Pläne für eine intelligentere, einfachere, nachhaltigere, aber auch gut finanzierte und wirklich gemeinsame EU-Agrarpolitik nach 2020 stehen am Montag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung.

In dem Entschließungsentwurf stimmen die Abgeordneten mit der EU-Kommission darin überein, dass die EU-Mitgliedstaaten die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) an ihre Bedürfnisse anpassen dürfen. Sie lehnen jedoch jede "Renationalisierung" der GAP ab, die den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren könnte.

Die künftige Politik sollte die landwirtschaftlichen Betriebe in der EU umweltfreundlicher machen, Innovation, Forschung und intelligente Anbaumethoden fördern, aber vor allem muss sie ihnen ermöglichen, weiterhin eine sichere Versorgung der EU-Bürger mit hochwertigen Lebensmitteln zu gewährleisten, so die Abgeordneten. Zu diesem Zweck wollen sie zumindest den GAP-Haushalt auf dem derzeitigen Niveau halten.

In einer separaten Entschließung, die am Montag diskutiert und am Dienstag verabschiedet wird, werden die Abgeordneten auch die Effizienz der derzeitigen GAP-Instrumente für Junglandwirte bewerten und Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs junger und neuer Landwirte zu Krediten, Land, Beratungsdiensten und Ausbildung fordern.

Debatten:

Montag, den 28. Mai

Abstimmungen:

Dienstag, den 29. Mai (Junglandwirte)

Mittwoch, den 30. Mai (GAP-Reform)

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

#FutureOfCAP #CAPreform #YoungFarmers

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf über die Umsetzung der GAP-Instrumente für Junglandwirte in der EU nach der Reform im Jahr 2013](#)
- [Entschließungsentwurf über die Zukunft des Nahrungsmittelsektors und der Landwirtschaft \(bald hier erhältlich\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss - GAP-Reform \(16.05.2018\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss - Junglandwirte \(24.04.2018\)](#)
- [Berichtersteller - GAP-Reform: Herbert Dorfmann \(EPP, IT\)](#)
- [Berichtersteller - Junglandwirte: Nicola Caputo \(S&D, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - GAP-Reform](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Junglandwirte](#)
- [EU-Merkblatt: Die künftige Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 \(April 2018\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Common Agricultural Policy - EU added value in action“ \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Studie: “Young farmers - policy implementation after the 2013 CAP reform” \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Entsenderichtlinie: Endgültige Abstimmung über gleiche Bezahlung und Arbeitsbedingungen

Arbeitnehmer, die zeitweise in ein anderes EU-Land entsandt werden, erhalten von nun an gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Der Gesetzentwurf soll am Dienstag angenommen werden.

Die überarbeiteten Vorschriften, auf die sich Parlament und Rat im März informell geeinigt hatten, sollen einen besseren Schutz der entsandten Arbeitnehmer und einen fairen Wettbewerb für die Unternehmen gewährleisten.

Alle Bestimmungen des Gastlandes über die Entlohnung würden auch für entsandte Arbeitnehmer gelten. Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten sollten vom Arbeitgeber getragen und nicht vom Gehalt der Arbeitnehmer abgezogen werden.

Die Dauer der Entsendung wurde auf 12 Monate festgelegt, mit einer möglichen Verlängerung von 6 Monaten. Nach Ablauf dieser Frist könnte sich der Arbeitnehmer weiterhin in dem Mitgliedstaat aufhalten, in den er entsandt wird, aber alle Arbeitsvorschriften des Gastlandes würden in Kraft treten.

Debatte: Dienstag, den 29. Mai

Abstimmung: Dienstag, den 29. Mai

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, den 29. Mai um 15:00 Uhr, mit Elisabeth Morin-Chartier (EVP, FR), Agnes Jongerius (S&D, NL) und EU-Kommissarin Marianne Thyssen

#postedworkers

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(19.03.2018\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „The revision of the posting of workers directive“ \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Posting of workers directive“ \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Posting of workers directive - current situation and challenges“ \(auf Englisch\)](#)
- [Entsendete Arbeiter: Infografik](#)

Plenartagung

Guineas Präsident Alpha Condé spricht vor dem Europäischen Parlament

Alpha Condé, Präsident der Republik Guinea, wird am Dienstag um 12.00 Uhr in einer feierlichen Sitzung im Straßburger Plenarsaal zu den Abgeordneten sprechen.

Alpha Condé wird für stärkere Beziehungen zwischen der EU und Afrika eintreten, eine Bilanz seines Jahres als Präsident der Afrikanischen Union (AU) ziehen und das kürzlich unterzeichnete Abkommen über die kontinentale Freihandelszone (ZLEC) und die Fortschritte bei der afrikanischen Initiative für erneuerbare Energien erwähnen (AREI).

Erwartungsgemäß wird Präsident Condé die Abgeordneten auch über die politische Krise in seinem Land informieren, wo die Spannungen seit den Kommunalwahlen am 4. Februar zunehmen. Die Ergebnisse der Wahl wurden mit Demonstrationen angefochten, bei denen auch Todesopfer zu beklagen waren. In diesem Zusammenhang ernannte der Präsident von Guinea am Montag einen neuen Premierminister, Ibrahima Kassory Fofana.

Im Jahr 2010 zum Präsidenten der Republik Guinea gewählt, wurde Alpha Condé im Jahr 2015 wiedergewählt. Nun findet eine Debatte über eine Änderung der Verfassung statt, die es ihm ermöglichen würde, im Jahr 2020 für eine dritte Amtszeit zu kandidieren.

Debatte: Dienstag, den 29. Mai

Verfahren: Feierliche Sitzung

[@PresAlphaConde](#) #Guinea

Weitere Informationen

- [Facebookseite von Präsident Alpha Condé](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende:](#)

Plenartagung

Kolumbien: Präsident Juan Manuel Santos spricht zum Ende seiner Amtszeit im EP

Der scheidende kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos wird am Mittwochmittag in einer feierlichen Sitzung eine Rede vor den Abgeordneten halten.

Santos, der im August nach den Präsidentschaftswahlen am 27. Mai (mit einer möglichen zweiten Abstimmungsrunde am 17. Juni) zurücktreten wird, wird erwartungsgemäß für eine Stärkung der Beziehungen der EU zu Lateinamerika eintreten und die Abgeordneten über die Umsetzung des Friedensprozesses in seinem Land informieren. Er wird möglicherweise auch auf die politische und wirtschaftliche Krise im benachbarten Venezuela verweisen.

Santos ist seit 2010 Präsident. Er erhielt den Friedensnobelpreis 2016 für seine Bemühungen um ein Friedensabkommen mit der FARC, das im November 2016 unterzeichnet wurde.

Santos kann wegen der in der kolumbianischen Verfassung verankerten Frist nicht mehr für das Amt des Präsidenten kandidieren.

Das Europäische Parlament wird eine Wahlbeobachtungsmission unter Leitung von Izaskun Bilbao (ALDE, ES) nach Kolumbien entsenden, um die Präsidentschaftswahlen zu verfolgen.

Debatte: Mittwoch, den 30. Mai

Verfahren: Feierliche Sitzung

[@JuanManSantos](#)

[@infopresidencia](#)

Weitere Informationen

- [Biographie von Juan Manuel Santos](#)
- [Website der kolumbianischen Präsidentschaft](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien \(20.01.2016\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Verkauf von EU-Pässen: Abgeordnete wollen mehr Transparenz und Kontrollen

Die Praxis der Gewährung der Staatsbürgerschaft oder des Aufenthaltsrechts durch einige EU-Länder als Gegenleistung für Investitionen („goldenes Visum“) steht am Mittwoch zur Debatte.

Nach Ansicht der Kritiker sind diese Programme nicht nur diskriminierend, da sie nur den Wohlhabenden zur Verfügung stehen, sondern sind auch eine Quelle der Korruption, öffnen Geldwäsche und Steuerhinterziehung Tür und Tor und gefährden die Freizügigkeit im Schengen-Raum. Einige Abgeordnete sind besorgt über die Verbreitung von Korruption und Kriminalität durch diese Art von Maßnahmen und befürchten, dass sie den Werten der EU zuwiderlaufen könnten.

Das Parlament [verurteilte im Januar 2014](#) die in einigen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in Malta, bestehenden Regelungen, die direkt oder indirekt zum Verkauf der Unionsbürgerschaft an Nicht-EU-Bürger führen und forderte die EU-Kommission auf, zu prüfen, ob sie mit den EU-Vorschriften vereinbar sind. Die Kommission plant, noch in diesem Jahr einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Die Regeln sind von Land zu Land unterschiedlich, aber die meisten Staaten verlangen einen hohen finanziellen Beitrag (650.000 Euro im Falle von Malta), einen Immobilienkauf für einen Mindestbetrag und manchmal eine Investition in Staatsanleihen von interessierten Personen.

Debatte: Mittwoch, den 30. Mai

Verfahren: Aussprache über ein aktuelles Thema gemäß Artikel 153a

Weitere Informationen

- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Januar 2014 zum Verkauf der Unionsbürgerschaft \(16.01.2014\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Gebrauchtwagen: Abgeordnete fordern EU-Maßnahmen gegen Kilometerzähler-Betrug

Zur Verhinderung von illegalen Manipulationen am Kilometerstand von Gebrauchtwagen sind EU-weite Maßnahmen notwendig, so die Abgeordneten in ihren Empfehlungen, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen.

Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen und sicherzustellen, dass Käufer nicht getäuscht werden, fordern die Abgeordneten im Entschließungsentwurf, dass die EU-Kommission neue Maßnahmen vorschlägt, um sicherzustellen, dass die Kilometerstände häufiger erfasst und grenzüberschreitend ausgetauscht werden. Beide Maßnahmen haben sich bei der Bekämpfung dieser Art von Betrug bewährt.

Die Autohersteller sollten die technischen Lösungen verbessern, um Manipulationen zu verhindern, die bei 30-50% der über die EU-Grenzen verkauften Gebrauchtwagen vorkommen, und die EU-Länder sollten dies als Straftat anerkennen, so der Text weiter.

Debatte: Mittwoch, den 30. Mai

Abstimmung: Donnerstag, den 31. Mai

Verfahren: Legislatives Initiativverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, den 30. Mai mit dem Berichterstatter Ismail Ertug (S&D, DE)

#roadtransport

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf mit Empfehlungen an die Kommission zu dem Thema „Manipulation des Kilometerzählers in Kraftfahrzeugen: Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens“](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.04.2018\)](#)
- [Berichterstatter Ismail Ertug \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Odometer tampering: measures to prevent it“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Nachhaltige Nordseefischerei: Abstimmung über einen neuen Mehrjahresplan

Das Parlament wird am Dienstag über einen mehrjährigen Fischereiplan zur Bekämpfung von Überfischung und für mehr Schutz für Fischereigemeinden abstimmen.

Der zweite mehrjährige Fischereiplan im Rahmen der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) würde die Fischerei von Grundfischarten (die nahe am Meeresboden leben) regeln. Diese beläuft sich auf 70% aller Fänge in der [Nordsee \(Gebiete IIa, IIIa und IV\)](#).

Die langfristige nachhaltige Bewirtschaftung dieser Bestände sollte die Fischbestände sichern und den Schutz der Lebensgrundlage der Fischereigemeinden gewährleisten.

Hintergrund

Das Fischen von Grundfischarten in der Nordsee beläuft sich auf über 70% in diesem Gebiet. Mehrere tausend Schiffe aus den sieben angrenzenden Mitgliedstaaten sind beteiligt (Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich). Die Grundfangmengen betragen mehr als €850 Millionen (im Jahr 2012), wobei der Gesamtwert der Ladungen nach Arten für Seezunge am höchsten war, gefolgt von Scholle, Kaiserhummer, Kabeljau, Seelachs, Schellfisch, Steinbutt, Seeteufel, Wittling und Rotzunge.

Debatte: Montag, den 28. Mai

Abstimmung: Dienstag, den 29. Mai

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung

#NSMAP #EUfisheries

Weitere Informationen

- [Berichterstatterin Ulrike Rodust \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Multiannual plan for North Sea demersal fisheries" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Nachhaltiges Finanzwesen - Bericht: Molly Scott Cato, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Unterstützung von Griechenland, Spanien, Frankreich und Portugal - Bericht: José Manuel Fernandes, Abstimmung Mittwoch
- Empfehlung an den Rat, die Kommission und den EAD zu Libyen - Bericht: Pier Antonio Panzeri, Abstimmung Mittwoch
- Auslegung und Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung - Bericht: Pavel Svoboda, Richard Corbett, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Optimierung der Wertschöpfungskette in der EU-Fischereibranche - Bericht: Clara Eugenia Aguilera García, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Sachstand der Freizeitfischerei in der Europäischen Union - Bericht: Norica Nicolai, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie - Bericht: Frédérique Ries, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Jahresbericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik - Bericht: Tokia Saifi, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Spannen für die fischereiliche Sterblichkeit und das Schutzniveau für bestimmte Heringsbestände in der Ostsee, Bericht: Alain Cadec, Abstimmung Dienstag
- „Connecting Europe facility“ nach 2020, Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte (mit Entschließung), Debatte Montag, Abstimmung Donnerstag
- Verwendung der IPA-Mittel in der Türkei, Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte, Debatte Mittwoch
- Durchführung der EU-Strategie für die Jugend - Bericht: Eider Gardiazabal Rubial, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag